

L8

**AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Abschiebungen und Menschenrechte: Kein Kompromiss nach unten!**

1 dass bei der Abschiebung von Asylbewerbern,  
 2 die schwere Straftaten begangen haben, das  
 3 Grundprinzip, das eine Demokratie auszeich-  
 4 net, nämlich die unbedingte Achtung der  
 5 Menschenrechte, stets zu berücksichtigen ist.  
 6 Die notwendige und gerechte Bestrafung von  
 7 Straftätern muss in Deutschland vollzogen  
 8 und die Strafe verbüßt werden.

9 Die SPD setzt sich dafür ein, Abschiebungen  
 10 in unsichere Länder wie Afghanistan und Syri-  
 11 en abzulehnen, weil dort weder ein faires Ver-  
 12 fahren noch der Schutz grundlegender Men-  
 13 schenrechte der Gefangenen gewährleistet  
 14 ist.

15

16

17

**Begründung**

19 Die Reaktion der deutschen Politiker und  
 20 mancher Mitglieder unserer Partei auf die  
 21 schweren und traurigen Ereignisse in Solin-  
 22 gen ist gefährlich. Auf der einen Seite gibt es  
 23 eine unüberlegte Reaktion, die sich die Rhetorik  
 24 der konservativen und radikalen Rechten  
 25 zu eigen macht, mit der dramatischen Folge,  
 26 dass die Stimmung aufgeheizt und eine ganze  
 27 Kategorie von Menschen, nämlich Asylbe-  
 28 werber und Ausländer im Allgemeinen, stig-  
 29 matisiert wird. Eine Demokratie hat die mor-  
 30 alische Pflicht, politische Entscheidungen zu  
 31 treffen, die immer maßvoll sind und mit der  
 32 Geschichte übereinstimmen. Diejenigen, die  
 33 Verbrechen begehen, ob sie nun Ausländer  
 34 sind oder nicht, müssen vor Gericht gestellt  
 35 und, falls sie für schuldig befunden werden,  
 36 bestraft werden. Gefangene sind Menschen  
 37 und müssen als solche, auch wenn sie sich  
 38 schwerer Verbrechen schuldig gemacht ha-  
 39 ben, mit Respekt behandelt werden. Asylbe-  
 40 werber aus Ländern wie Afghanistan sollten

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

dass bei der Abschiebung von Asylbewerbern, die schwere Straftaten begangen haben, das Grundprinzip, das eine Demokratie auszeichnet, nämlich die unbedingte Achtung der Menschenrechte, stets zu berücksichtigen ist. Die notwendige und gerechte Bestrafung von Straftätern muss in Deutschland vollzogen und die Strafe verbüßt werden. **Die SPD lehnt die Einrichtung von sog. „Return Hubs“ in Drittstaaten ab.**

Die SPD, **insbesondere die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Berlin, setzen** sich dafür ein, Abschiebungen in unsichere Länder wie Afghanistan und Syrien abzulehnen, weil dort weder ein faires Verfahren noch der Schutz grundlegender Menschenrechte der Gefangenen gewährleistet ist.

**Begründung:**

Die Reaktion der deutschen Politiker und mancher Mitglieder unserer Partei auf die schweren und traurigen Ereignisse in Solingen ist gefährlich. Auf der einen Seite gibt es eine unüberlegte Reaktion, die sich die Rhetorik der konservativen und radikalen Rechten zu eigen macht, mit der dramatischen Folge, dass die Stimmung aufgeheizt und eine ganze Kategorie von Menschen, nämlich Asylbewerber und Ausländer im Allgemeinen, stigmatisiert wird. Eine Demokratie hat die moralische Pflicht, politische Entscheidungen zu treffen, die immer maßvoll sind und mit der Geschichte übereinstimmen. Diejenigen, die Verbrechen begehen, ob sie nun Ausländer sind oder nicht, müssen vor Gericht gestellt und, falls sie für schuldig befunden werden, bestraft werden. Gefangene sind Menschen und müssen als solche, auch wenn sie sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, mit Respekt behandelt werden. Asylbe-

41 nicht abgeschoben werden, das wäre so, als  
42 ob wir unsere Hände in Unschuld waschen  
43 würden, wenn es um das Schicksal eines Men-  
44 schen geht, der in Gefängnissen landet, in  
45 denen Folter erlaubt ist und die Todesstrafe  
46 droht. Als SPD können wir nicht zulassen, dass  
47 die Menschenrechte ignoriert werden.  
48

werber aus Ländern wie Afghanistan sollten  
nicht abgeschoben werden, das wäre so, als  
ob wir unsere Hände in Unschuld waschen  
würden, wenn es um das Schicksal eines Men-  
schen geht, der in Gefängnissen landet, in  
denen Folter erlaubt ist und die Todesstrafe  
droht. Als SPD können wir nicht zulassen, dass  
die Menschenrechte ignoriert werden.